

KLIMAWANDEL UND MIGRATION

Heterogenes Forschungsfeld und politisierte Debatte

Silja Klepp

Das Thema „Klimawandel und Migration“ hat in den vergangenen Jahren erhöhte Aufmerksamkeit in den Medien erfahren. Auch eine starke Zunahme wissenschaftlicher Literatur und von Berichten internationaler Regierungsinstitutionen und Nichtregierungsorganisationen (NGOs) ist zu verzeichnen. Das große Interesse liegt auch daran, dass Fragen aufgeworfen werden, die auf den Kern politischer, sozialer und ökologischer Entwicklungen des 21. Jahrhunderts zielen, wie Umwelt- und Klimagerechtigkeit, Mechanismen von Inklusion und Exklusion sowie Nord-Süd-Beziehungen.

Als Forschungsthema etablierte sich die Verbindung von Klimawandel und Migration in den 1980er Jahren. Die Debatte und das Forschungsfeld verbindet eine große Vielfalt von Akteur*innen innerhalb und außerhalb der Wissenschaft. Alle Beteiligten – wie Naturwissenschaftler*innen, Sozialwissenschaftler*innen, öffentliche Institutionen und Regierungen, NGOs und andere internationale Organisationen – bringen ihre eigene intellektuelle Geschichte, ihre Paradigmen, Methoden und Interessen in die Diskussion ein. Dies führt zu einer großen Vielfalt der Perspektiven und zu sehr unterschiedlichen Versuchen, das Phänomen der Klimamigration zu konzeptualisieren.

Nach einem Überblick über die zentralen Aspekte des Zusammenhangs zwischen Klimawandel und Migration werde ich im Folgenden die unterschiedlichen diskursiven Rahmungen der Debatte vorstellen. Anschließend werde ich einige rechtliche Gesichtspunkte skizzieren, um schließlich im Fazit den Blick auf unterrepräsentierte Perspektiven und Forschungslücken zu richten.

UMWELTVERÄNDERUNG, KLIMAWANDEL UND MENSCHLICHE MOBILITÄT

Aufgrund des anthropogenen, also durch den Menschen zumindest beeinflussten Klimawandels erwarten Expert*innen, dass Stürme, Überschwem-

mungen, Dürren und Wüstenbildung sowohl in Stärke als auch in Häufigkeit zunehmen werden und der Meeresspiegel ansteigen wird. Sie gehen davon aus, dass Klimaveränderungen auch zu verstärkter Migration führen können. Genaue Vorhersagen gelten jedoch als höchst umstritten. Viele bezweifeln gar den Sinn von Prognosen. Trotz alarmistischer Berichte, wonach Millionen von „Klimaflüchtlingen“ in Zukunft vom Globalen Süden in den Globalen Norden ziehen werden, sind die Ergebnisse empirischer Studien oft kontraintuitiv, widersprechen entsprechenden Erwartungen also häufig. Der viel beachtete Foresight-Report von 2011 des britischen Government Office for Science etwa unterstreicht, dass durch Umweltveränderungen Einzelpersonen oder Gemeinschaften weniger mobil werden können, da verschärfte Armut Migration erschweren beziehungsweise unmöglich machen kann. In diesem Zusammenhang ist von „trapped populations“ die Rede.⁰¹

Diese und andere Studien zeigen die Komplexität von Migration sowie die Verbindung zu den jeweiligen lokalen und regionalen Kontexten auf. Dabei spielen die Entwicklung sozioökonomischer Faktoren, Anpassungsmaßnahmen, aber auch Netzwerke der Migrierenden eine zentrale Rolle für Migrationsentscheidungen. Dennoch erwartet der Weltklimarat (Intergovernmental Panel on Climate Change, IPCC) im Allgemeinen eine Zunahme der Mobilität von Menschen. Laut IPCC sind die vom Klimawandel am stärksten betroffenen Regionen die Arktis, große Teile Afrikas, kleine Inseln sowie asiatische und afrikanische Mega-Deltas, die dicht besiedelt und besonders anfällig für den Anstieg des Meeresspiegels sind.⁰²

Überschwemmungen durch tropische Stürme sind typische Beispiele für rasch einsetzende Phänomene, die zur Abwanderung der Bevölkerung führen können. Demgegenüber stehen langsam einsetzende Umweltveränderungen wie Wüstenbildung, Meeresspiegelanstieg und Bodendegradation. Mit zunehmendem Klimawandel könnte die

ohnehin schon hohe Zahl von mehreren Millionen Flüchtenden pro Jahr aufgrund von Umwelteinflüssen wachsen, sie ist aber schwer abzuschätzen.

Im Fall von Dürren liefern empirische Studien gemischte Erkenntnisse: Im Nordosten Brasiliens scheinen periodische Dürren zwischen den 1960er und 1980er Jahren zur Abwanderung beigetragen zu haben.⁰³ Andere Studien unterstreichen, dass verschiedene Existenz- und Überlebensstrategien Menschen in Dürregebieten daran gehindert haben, zu migrieren.⁰⁴

Menschen, deren Lebensraum unter einem Meter über dem Meeresspiegel liegt, könnten innerhalb weniger Jahrzehnte durch einen weiteren Anstieg des Meeresspiegels, durch Küstenerosion und die Versalzung von Süßwasserreservoirs bedroht werden. Doch auch hier sind genaue Vorhersagen, wann es soweit sein könnte, schwierig. Zudem können Anpassungsmaßnahmen die Notwendigkeit der Abwanderung hinauszögern.

TERMINOLOGIE

Ein sehr wichtiges Merkmal der Diskussion über Umwelt- und Klimamigration ist die inkonsistente Terminologie. Neben unterschiedlichen Forschungsansätzen und -methoden kursieren in der Debatte auch verschiedene Definitionen von Umweltmigrant*innen, die jeweils unterschiedliche politische und normative Standpunkte implizieren. Dabei werden folgende Faktoren berücksichtigt und hinsichtlich ihrer Bedeutung diskutiert: a) die Abhängigkeit der Migrationsentscheidungen von Umweltursachen; b) die mehr oder weniger angenommene „Freiwilligkeit“ oder „Zwangsmig-

ration“; c) die temporäre oder permanente Migration; sowie d) die Frage nach der Entfernung und dem Überschreiten internationaler Grenzen. Obwohl viele Forscher*innen darin übereinstimmen, dass Binnenmigration eine wichtigere Rolle spielt als die Migration vom Globalen Süden in den Globalen Norden oder andere internationale Bewegungen, wird heute in vielen Beiträgen vor allem die grenzüberschreitende Migration untersucht.

Die genannten und weitere Faktoren beziehen sich auch auf unterschiedliche Sichtweisen, wie Staaten und die internationale Gemeinschaft mit Personen umgehen sollten, die von Umweltmigration betroffen sind. Die verschiedenen Sichtweisen stehen dabei in engem Zusammenhang mit der verwendeten Terminologie. Mehrere Wissenschaftler*innen kritisieren Begriffe wie „Umweltflüchtling“ oder „Klimamigrantin“, weil diese den Eindruck erweckten, dass Umweltveränderungen direkt zur Migration führen, wodurch die Komplexität von Migrationsentscheidungen reduziert werde.⁰⁵

Die Internationale Organisation für Migration (IOM) gibt eine „Arbeitsdefinition“ vor, die weitgehend Anerkennung findet. Laut dieser Definition sind Umweltmigrant*innen Personen oder Personengruppen, die aus zwingenden Gründen plötzlicher oder fortschreitender Veränderungen der Umwelt, die sich nachteilig auf ihr Leben oder ihre Lebensbedingungen auswirken, gezwungen sind, ihre Heimat zu verlassen und dies vorübergehend oder dauerhaft tun, und die entweder innerhalb ihres Landes oder ins Ausland migrieren.⁰⁶ Die Monokausalität ist in dieser Definition jedoch immer noch gegeben.

Gleiches gilt auch für den ebenfalls häufig genannten und sehr weit gefassten Ausdruck „environmentally induced migration“, der vom Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP) verwendet wird.

01 The Government Office for Science, Foresight: Migration and Global Environmental Change. Final Project Report, London 2011, S. 11.

02 Vgl. Leonard A. Nurse et al., Small Islands, in: Vicente R. Barros et al. (Hrsg.), *Climate Change 2014: Impacts, Adaptation and Vulnerability. Part B: Regional Aspects. Contribution of Working Group II to the Fifth Assessment Report of the Intergovernmental Panel on Climate Change*, Cambridge–New York 2014, S. 1613–1654; Martin Parry et al. (Hrsg.), *Climate Change 2007: Impacts, Adaptation and Vulnerability. Contribution of Working Group II to the Fourth Assessment Report of the Intergovernmental Panel on Climate Change*, Cambridge–New York 2007.

03 Vgl. Michelle Leighton, Desertification and Migration, in: Pierre-Marc Johnson, *Governing Global Desertification*, Aldershot 2006, S. 43–58.

04 Vgl. Etienne Piguet/Antoine Pécoud/Paul de Guchteneire, Introduction: Migration and Climate Change in: dies. (Hrsg.), *Migration and Climate Change*, Cambridge 2011, S. 8.

05 Vgl. Himani Upadhyay et al., Conceptualizing and Contextualizing Research and Policy for Links Between Climate Change and Migration, in: *International Journal of Climate Change Strategies & Management* 3/2015; Stephen Castles, *Environmental Change and Forced Migration: Making Sense of the Debate. New Issues in Refugee Research*, United Nations High Commissioner for Refugees, UNHCR Working Paper 70/2002, S. 5; Kirsten Hastrup/Karen Fog-Olwig (Hrsg.), *Climate Change and Mobility. Global Challenges to the Social Sciences*, Cambridge 2012, S. 7; Carsten Felgentreff, *Klimaflüchtlinge*, in: Sybille Bauriedl (Hrsg.), *Wörterbuch Klimadebatte*, Bielefeld 2015, S. 141–148.

06 Vgl. International Organization for Migration, *IOM Outlook on Migration, Environment and Climate Change*, Genf 2014, S. 6.

GENEALOGIE UND RAHMUNGEN DER DEBATTE

Bis zur ersten Nennung des Begriffs „Umweltflüchtling“ 1985 war die Migrationsforschung gekennzeichnet durch die Nichtbeachtung von Umweltaspekten – obwohl durch Umweltfaktoren motivierte Migration geschichtlich ein ständiges Phänomen ist und eine wichtige Rolle in den ersten wissenschaftlichen Migrationstheorien spielte.⁰⁷

Der Naturwissenschaftler Essam El-Hinnawi führte 1985 in einem Bericht des Umweltprogramms der Vereinten Nationen (UNEP) den Begriff „Umweltflüchtling“ erstmals ein; eine erste konkrete Zahl nannte die Sozialwissenschaftlerin Jodi Jacobson 1988 in einem Bericht für das Worldwatch Institute: Demnach gab es vor 30 Jahren zehn Millionen Umweltflüchtlinge.⁰⁸ Jacobson war somit die erste, die die Vorstellung äußerte, Klimawandel könne zu massenhaften Bevölkerungsbewegungen und Vertreibungen führen. An diese Vorstellung knüpfte der erste Bericht des Weltklimarates von 1990 an, in dem davor gewarnt wurde, dass der Klimawandel große Migrationsbewegungen auslösen und zu sozialer Instabilität in einigen Gebieten führen könnte.

Heute ist unschwer zu erkennen, dass diese frühen Studien in der Regel von der Absicht geleitet waren, größere Aufmerksamkeit auf den Klimawandel und den Umweltschutz zu lenken. Die Verbindung dieser Themen mit dem Thema Migration sollte helfen, dem Klimawandel ein „menschliches Gesicht“ zu geben, das durch Leid Betroffenheit verursacht.⁰⁹ Es überrascht nicht, dass NGOs und humanitäre Organisationen daher oft alarmierende Erzählungen nutzten, um politische Entscheidungsträger*innen dazu zu bringen, „etwas zu tun“. Solche Ansätze verwandelten die Diskussion um den Klimawandel und insbesondere um den Klimawandel in Verbindung mit Migration schon bald auch in eine sicherheitspolitische Debatte.

07 Vgl. zum Beispiel Ernst Ravenstein, *The Laws of Migration*, in: *Journal of the Statistical Society* 48/1885, S. 167–227.

08 Vgl. Essam El-Hinnawi, *Environmental Refugees*, United Nations Environment Programme (UNEP), Nairobi 1985; Jodi L. Jacobson, *Environmental Refugees. A Yardstick of Habitability*, Worldwatch Paper 86/1988.

09 Vgl. François Gemenne, *How They Became the Human Face of Climate Change. Research and Policy Interactions in the Birth of the „Environmental Migration“ Concept*, in: Pigué/Pécoud/de Guchteneire (Anm. 4), S. 225–259.

„Maximalisten“ versus „Minimalisten“

Die Kritik an den alarmierenden Stimmen ließ nicht lange auf sich warten, und so entwickelte sich eine polarisierte Debatte, die sich als „Alarmisten gegen Skeptiker“ oder „Maximalisten gegen Minimalisten“ beschreiben lässt.

Während der von der Politikwissenschaftlerin Astri Suhrke erstmals beschriebene maximalistische Ansatz dazu tendiert, die Umweltvariable aus einer Gruppe von Ursachen herauszuheben und die damit verbundene Abwanderung als direkte Folge der Umweltzerstörung darzustellen,¹⁰ unterstreicht der minimalistische Ansatz hingegen, dass Migration ein komplexes und multikausales Phänomen ist. Umweltzerstörung könne demnach zumeist nicht als alleinige Ursache für Migration gelten.

Die Teilung in „Maximalisten“ und „Minimalisten“ ist bis heute aktuell, wenngleich in jüngerer Zeit ein breiterer Konsens darüber besteht, dass vereinfachende Zusammenhänge zwischen Umweltveränderungen und Migrationsentscheidungen vermieden werden sollten.

Sicherheit

Sicherheitsbedrohungen und steigende Konflikte durch den Klimawandel, insbesondere durch klimabedingte Migrationsbewegungen, wurden Ende der 2000er Jahre in verschiedenen Berichten militärischer Organisationen,¹¹ aber auch vom Wissenschaftlichen Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU)¹² sowie von NGOs angesprochen.¹³ Vor allem Migrationsforscher*innen kritisieren, dass diese Berichte deterministische Perspektiven auf den Nexus Klimawandel und Migration aufgreifen, die von einem Top-down-Forschungsansatz geprägt seien, der den sozialen und kulturellen Kontext und eine mögliche Anpassung an den Klimawandel vernachlässige.

10 Vgl. Astri Suhrke, *Environmental Degradation and Population Flows*, in: *Journal of International Affairs* 47/1994, S. 473–496, hier S. 477.

11 Vgl. CNA Military Advisory Board, *National Security and the Threat of Climate Change*, Alexandria 2007.

12 Vgl. Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen, *Welt im Wandel: Sicherheitsrisiko Klimawandel*, Berlin 2007.

13 Vgl. Vikram Kolmannskog, *Future Floods of Refugees. A Comment on Climate Change, Conflict and Forced Migration*, Oslo 2008; Friends of the Earth Australia, *A Citizen's Guide to Climate Refugees*, Melbourne 2007.

Verschiedene Autor*innen weisen darauf hin, dass die Perspektiven, die die Sicherheitsbedrohungen durch vermeintliche Klimamigrant*innen hervorheben, wesentliche Merkmale eines breiteren Versicherheitlichungsdiskurses seien.¹⁴ Klimawandel wird demnach als Bedrohungsmultiplikator dargestellt, der die Anpassungsfähigkeit von Gesellschaften überfordert und zu Instabilität und Gewalt führt.¹⁵ Die Politikwissenschaftlerin Angela Oels spricht gar von einer „Klimatisierung“ des Sicherheitssektors, der den Klimawandel als neues Arbeitsfeld „entdeckt“ habe.¹⁶ Eine Vielzahl von Beteiligten befeuert dabei rassistische Diskurse und Ängste vor „Millionen Klimaflüchtlingen“, basierend auf der vagen Annahme, dass ein alarmierendes Szenario die Motivation von Menschen erhöhen würde, die Umwelt zu schützen und Emissionen zu reduzieren.¹⁷

Entwicklungsstudien und Entwicklungshilfe

Bereits in den 1990er Jahren hat der australische Bevölkerungs- und Migrationsforscher Graeme Hugo darauf hingewiesen, dass gerade in den am wenigsten entwickelten Ländern (*least developed countries*, LDCs) die tieferen Ursachen von Umweltmigration mit politischen, wirtschaftlichen, sozialen und demografischen Prozessen zusammenhängen.¹⁸ Inspiriert von den Diskussionen um diese Zusammenhänge wurden verschiedene Studien auf den Weg gebracht, die sich unter anderem auf der Haushaltsebene mit den vielfältigen Lebensgrundlagen von Umweltmigrant*innen und ihren translokalen Strategien zur Existenzsicherung auseinandersetzen. Ein Ergebnis dieser Studien ist, dass Menschen aus Haushalten, die eng mit ihrer natürlichen Umwelt und Sub-

sistenzwirtschaft oder Fischerei verflochten sind, eher migrieren als Menschen, bei denen das nicht der Fall ist.

Ein Diskussionsstrang verdeutlicht die deterministischen Zusammenhänge zwischen einer Verschlechterung der Umwelt und der Vertreibung von Personen, infolgedessen Migrant*innen oft als Objekte für humanitäre Interventionen und Entwicklungshilfe dargestellt werden.¹⁹ Die häufige Repräsentation „ertrinkender“ Pazifikinseln als „canary in the coal-mine“ – also als Frühwarnanlagen vor ernststen Gefahren, so wie es einst Kanarienvögel im Bergbau waren – zeichne vor allem ein viktimisierendes, häufig rassistisches Bild.²⁰ Einige Forscher*innen stellen deshalb fest, dass eine entwicklungspolitische und humanitäre diskursive Rahmung, etwa durch NGOs und andere internationale Akteure wie die Europäische Union, die bestehenden Probleme geografisch und politisch verkürze. Klimamigration werde dadurch fälschlicherweise als lokales Problem aufgefasst; die notwendige Politisierung des Diskurses und Verbindungen zu Klimagerechtigkeitsdebatten würden dadurch eher behindert.²¹

Generell wird seit 2010 in der Debatte um Klimamigration zunehmend die Eigenverantwortung von „resilienteren Klimamigranten“ („more resilient climate migrants“) betont. Die „resilienten Leben“ („resilient lives“) von Individuen und Gemeinschaften, wie sie etwa in einer Kritik am Foresight-Report von 2011 vorkommen,²² werden vor allem im Hinblick auf ihre Fähigkeit, von ausländischen Arbeitsmärkten absorbiert zu werden, betrachtet. Dieser neoliberal geprägte Ansatz sieht klimabedingte Migration als erfolgreiche Anpassungsstrategie und nicht wie zuvor im Zusammenhang der Umweltmigration als Sicherheitsproblem.

14 Vgl. Matt McDonald, Discourses of Climate Security, in: Political Geography 33/2013, S. 42–51; Johannes Herbeck/Michael Flitner, „A new enemy out there“? Der Klimawandel als Sicherheitsproblem, in: Geographica Helvetica 3/2010, S. 198–206.

15 Vgl. Angela Oels, From „Securitization“ of Climate Change to „Climatization“ of the Security Field, in: Jürgen Schaffran et al. (Hrsg.), Climate Change, Human Security and Violent Conflict, Heidelberg u.a. 2012, S. 185–205, hier S. 198.

16 Ebd., S. 199.

17 Vgl. Giovanni Bettini, Climate Barbarians at the Gate? A Critique of Apocalyptic Narratives on „Climate Refugees“, in: Geoforum 45/2012, S. 63–72.

18 Vgl. Graeme Hugo, Environmental Concerns and International Migration, in: International Migration Review 1/1996, S. 105–131, hier S. 118.

19 Vgl. Kolmannskog (Anm. 13); Giovanni Bettini, Climate Migration as an Adaption Strategy: De-Securitizing Climate-Induced Migration or Making the Unruly Governable?, in: Critical Studies on Security 2/2014, S. 180–195; Silja Klepp/Libertad Chavez-Rodriguez (Hrsg.), A Critical Approach to Climate Change Adaptation, 2018 (i.E.).

20 Vgl. Carol Farbotko, Wishful Sinking: Disappearing Islands, Climate Refugees and Cosmopolitan Experimentation, in: Asia Pacific Viewpoint 1/2010, S. 47–60.

21 Vgl. Silja Klepp/Johannes Herbeck, The Politics of Environmental Migration and Climate Justice in the Pacific Region, in: Journal of Human Rights and the Environment 7/2016, S. 54–73.

22 Vgl. Romain Felli/Noel Castree, Neoliberalising Adaptation to Environmental Change: Foresight or Foreclosure?, in: Environment and Planning 1/2012, S. 1–4.

Klimagerechtigkeit

Im Gegensatz dazu finden sich in der Literatur seit etwa 2010 vielfältige Beiträge, die die enge Verknüpfung von Klimawandelmigration und Kontroversen um soziale, politische, ökonomische und ökologische Gerechtigkeit in den Nord-Süd-Beziehungen unterstreichen. Die Autor*innen dieser Richtung betonen die Verantwortung des Globalen Nordens und kritisieren, dass die historisch hohen Treibhausgasemissionen der Industrieländer und die damit verbundenen Verantwortlichkeiten für Veränderungen des Weltklimas nicht zu weitreichenden Zugeständnissen gegenüber den Entwicklungsländern geführt haben.²³

Darüber hinaus fordern verschiedene Autor*innen auch eine konsequente Politisierung der Anpassungsforschung, um der pauschalen Entpolitisierung des Themas Klimawandel durch die Klimawandelwissenschaften, die internationale Zusammenarbeit²⁴ und zum Teil auch durch Konzepte wie Anpassung, Resilienz und Vulnerabilität entgegenzuwirken, die eher „entmächtigende“ Wirkung haben.

RECHTSINSTRUMENTE ZUM SCHUTZ VON UMWELTMIGRANT*INNEN

Menschen, die aufgrund des Klimawandels gezwungen sind zu migrieren, fallen bisher nicht unter die rechtliche Definition des Flüchtlingsbegriffs, die 1951 im Genfer Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge (Genfer Flüchtlingskonvention) beschlossen wurde. Es hat daher verschiedene Versuche gegeben, den Flüchtlingsbegriff um „Umweltflüchtlinge“ zu erweitern. So gab es Vorschläge, ein Abkommen zu schaffen, das an die Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen (United Nations Framework Convention on Climate Change, UNFCCC) gebunden ist. Außerhalb existierender internationaler Verträge wurden auch spezifische Abkommen

²³ Vgl. Kristina Dietz, Prima Klima in den Nord-Süd-Beziehungen? Die Antinomien globaler Klimapolitik: Diskurse, Politiken und Prozesse, in: Hans-Jürgen Burchardt (Hrsg.), Nord-Süd-Beziehungen im Umbruch. Neue Perspektiven auf Staat und Demokratie in der Weltpolitik, Frankfurt/M. 2009, S. 183–218.

²⁴ Vgl. Thomas Tanner/Jeremy Allouche, Towards a New Political Economy of Climate Change and Development, Institute for Development Studies, IDS Bulletin 3/2011.

in Bezug auf klimawandelbedingte Vertreibung vorgeschlagen – zum Beispiel eine neue internationale Konvention zu Umweltvertreibung,²⁵ eine spezialisierte Agentur zum Schutz von Umweltmigrant*innen²⁶ und ein internationaler Koordinierungsmechanismus zu Umweltvertreibung (International Coordination Mechanism for Environmental Displacement, ICMED). Mit Blick auf die zukünftige Möglichkeit des Verlustes ganzer Nationalstaaten und der Zunahme staatenloser Personen werden von einigen Autor*innen auch die zu erwartenden Konsequenzen für künftige Flüchtlingsregime diskutiert. Allerdings sind alle Ansätze daran gescheitert, dass sie von den Industrieländern ausgebremst oder nicht verhandelt wurden. Hier überwiegt die Furcht, rechtlich einklagbare Ansprüche zu schaffen, die auch Verantwortlichkeiten für den Klimawandel implizieren würden. Dies wird, auch mit Blick zum Beispiel auf Entschädigungszahlungen im Rahmen der UNFCCC-Verhandlungen, vermieden. Deshalb kann man von einem Stillstand der Verhandlungen auf globaler Ebene sprechen, wenn es um rechtliche Lösungen geht.

Es gibt jedoch eine wachsende Anzahl sogenannter „weicher“ Rechtsinstrumente (*soft law*) für Umweltmigrant*innen, die sowohl auf der internationalen als auch auf der regionalen Ebene wirken. Hier sind vor allem die Peninsula Principles on Climate Change Displacement within States von 2013 und die Agenda for the Protection of Cross-Border Displaced Persons in the Context of Disasters and Climate Change von 2015 zu nennen. Die Peninsula Principles gehen auf die Initiative der beratenden Organisation Displacement Solutions zurück, die dazu Vertreter*innen unterschiedlicher Regierungen und andere Interessierte an einen Tisch gebracht hat. Die Protection-Agenda von 2015 wurde von der Nansen-Initiative erarbeitet – ein von Staaten geführter beratender Prozess, der dazu bestimmt ist, Konsens über die wichtigsten Grundsätze und Praktiken zu schaffen, die es zum Schutz von Umwelt- und Klimamigrant*innen zu beachten gilt. Die Initiative wurde 2012 von

²⁵ Vgl. Michel Prieur et al., Projet de Convention relative au statut international des déplacés environnementaux, in: Revue européenne de Droit de l'environnement 4/2008, S. 381.

²⁶ Vgl. Heidi A. Hermsmeyer, Environmental Refugees: A Denial of Rights. Contemporary Topics in Forced Migration, San Diego 2005.

den Regierungen der Schweiz und Norwegens ins Leben gerufen, unterstützt von mehreren anderen interessierten Akteuren. Heute ist auch Deutschland beteiligt. Allerdings ist *soft law* rechtlich nicht einklagbar, sondern beruht auf „weichen“ Mitteln der Durchsetzung wie *peer pressure*, also Druck unter Gleichgesinnten, diese Regeln zu befolgen.

Vor allem im pazifischen Raum bedrohen die prognostizierten Auswirkungen des Klimawandels tatsächlich auch die Existenz von Nationalstaaten. Daher ist der Verhandlungsprozess zu Klimawandel und Migration lebhaft, und es werden neue regionale *Soft-law*-Ansätze entwickelt.²⁷ Die Moana-Erklärung von 2009, die von der Pacific Conference of Churches ins Leben gerufen wurde, enthält Konventionen und Lösungen für Umweltmigrant*innen und zeigt die Vielfalt der Beteiligten. In der Erklärung wird von Solidarität unter den pazifischen Ländern gesprochen und dem Willen, Klimamigrant*innen gegenseitig aufzunehmen. Auch hier handelt es sich aber eher um einen Appell, der bei der Relevanz der Kirchen im Pazifikraum jedoch nicht unterschätzt werden sollte.

FAZIT UND AUSBLICK

Es ist klar, dass die hier betrachtete Debatte über Klimawandel und Migration zentrale Fragen unserer Zeit berührt, etwa die wachsenden sozialen Ungleichheiten und die Tatsache, dass transnationale wie auch interdisziplinäre Zusammenarbeit notwendig ist, um die gesellschaftlichen Herausforderungen des Klimawandels – einschließlich der Umweltmigration – zu bewältigen. Einige der Interpretationen, Interessen und „imaginative resources“²⁸ im Zusammenhang mit der Debatte über Klimawandel und Migration sind hier dis-

kutiert worden. Sie prägen heute und in Zukunft unseren kollektiven Umgang mit dem Phänomen der Klimamigration. Mögliche Lösungen, rechtsverbindlich oder politisch verankert, müssen die dargestellten Zusammenhänge berücksichtigen, um Wege für die Zukunft zu finden, die auch für die am stärksten betroffenen Bevölkerungsgruppen im globalen Süden akzeptabel sind.

Doch obwohl die Einigkeit über die Komplexität der Umweltmigration im Forschungsfeld der Klimamigration zuzunehmen scheint, sind einige Perspektiven, die der Debatte zu mehr Kohärenz verhelfen könnten, noch immer unterrepräsentiert. So fehlen zum einen emanzipatorische Ansätze der Migrationsforschung, beispielsweise zur „Autonomie der Migration“.²⁹ Diese unterstreichen die Handlungsfähigkeit und Kreativität von Migrant*innen und lehnen ein eher deterministisches Bild von Migration ab, das ausschließlich von strukturellen und ökonomischen Zwängen oder, was das Thema dieses Beitrages betrifft, von Umweltveränderungen abhängt.

Zum anderen wird deutlich, dass die konzeptionelle Kluft zwischen sozialen und natürlichen Phänomenen ein Grund dafür ist, dass häufig versucht wird, Umwelt als isolierten Aspekt in Migrationsentscheidungen zu analysieren.³⁰ Im effektiven Umgang mit dem Klimawandel fordern immer mehr Forscher*innen neue Perspektiven auf die Mensch-Umwelt-Beziehungen, die den komplexen Auswirkungen des Klimawandels gerecht werden und konzeptionelle Einschränkungen überwinden können.³¹ Zu diesen Perspektiven gehört die Anerkennung der vielfältigen politischen Aspekte des Klimawandels und seiner sozialen Folgen, ebenso wie Fragen der regionalen und globalen Verantwortung und Solidarität sowie historischer und aktueller Machtverhältnisse und Abhängigkeiten.

²⁷ Vgl. Klepp/Herbeck (Anm. 21); Karen E. McNamara et al., The Complex Decision-Making of Climate-Induced Relocation: Adaptation and Loss and Damage, in: *Climate Policy* 1/2016, S. 111–117.

²⁸ Hastrup/Fog-Olwig (Anm. 5), S. 7.

²⁹ Vgl. Yann Moulier Boutang, Europa, Autonomie der Migration, Biopolitik, in: Marianne Pieper et al. (Hrsg.), *Empire und die biopolitische Wende*, Frankfurt/M.–New York 2007, S. 169–178.

³⁰ Vgl. Hastrup/Fog-Olwig (Anm. 5).

³¹ Vgl. Etienne Piguet, From „Primitive Migration“ to „Climate Refugees“: The Curious Fate of the Natural Environment in Migration Studies, in: *Annals of the Association of American Geographers* 103/2013, S. 148–162, hier S. 154.

SILJA KLEPP

ist Professorin am Institut für Geographie der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel, an dem sie die Arbeitsgruppe „Soziale Dynamiken in Küsten- und Meeresgebieten“ leitet. Sie ist Mitglied des Exzellenzclusters „Ozean der Zukunft“ und Mitglied im Rat für Migration.
www.siljaklepp.de